

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 57 (1963)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Besinnungspause ; Der notwendige Durchbruch ; Italien - ein Land der Gegensätze ; "Ruck nach links"? ; Chinas Grenzstreit mit Indien ; Warum wird nicht verhandelt? ; Gefahr im Verzug!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140778>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

leitet wurde (auf der «Route de Suisse» unten am See war der Autoverkehr viel zu groß), schauten sich die Marschkolonnen teils erstaunt, teils freundlich, aber fast immer ohne Feindseligkeit an; dasselbe berichteten uns die Teilnehmer von den Autofahrern, wenn auch gelegentlich aus einem Wagen «Kommunisten! Kommunisten!» gerufen worden sei. Und als der Zug schließlich am Osternachmittag auf dem großen Platz vor dem Palais des Nations in Genf ankam, da begrüßte ihn eine mehr als tausendköpfige Menge mit Jubel und Begeisterung. Die schwungvollen Ansprachen, mit denen die Kundgebung geschlossen wurde — auch ein sozialdemokratisches Mitglied der genferischen Regierung war unter den Rednern — drückte die ganze stolze Bewegtheit und brüderliche Verbundenheit der Marschteilnehmer aus, denen diese Ostertage zum tiefen Erlebnis geworden waren, aber auch ihren festen Willen, auf dem beschränkten Weg weiterzugehen und mitzuhelfen, daß die «humanitäre» Schweiz nicht zum Mitschuldigen am Verbrechen eines Atomkriegs werde. Die Volksabstimmung vom 26. Mai wird uns allen — das heißt eben: uns allein stimmberechtigten Männern — Gelegenheit geben, diesen Willen auf die wirksamste Art zu bekunden. Hoffen wir aber, daß sich auch in unserem Lande die Übung herausbilde, alljährlich durch einen Ostermarsch die Volksmeinung auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen eine atomare Aufrüstung, ja gegen die Kriegsrüstungen überhaupt, sinnfällig hinzuweisen. Der Anfang ist gemacht — und ein glücklicher Anfang!

H. K.

WELTRUNDSCHAU

Besinnungspause Der Berichtsmonat ist diesmal durch keinerlei dramatische Weltereignisse gekennzeichnet. In den Beziehungen zwischen den beiden großen Machtblöcken hat sich *nichts Wesentliches geändert*. Das Zerwürfnis im Westblock ist so weit von seiner Überwindung entfernt wie je. Der sowjetisch-chinesische Gegensatz im Ostblock hat sich äußerlich etwas abgeschwächt, bleibt aber in seinem Kern nach wie vor bestehen. Von Abrüstung ist keine Spur; die Genfer Abrüstungskonferenz steht nach einjähriger Dauer auf dem gleichen toten Punkt, auf den sie schon bald nach ihrer Eröffnung geraten war. Dafür geht das Wettüben unverzagt weiter. Frankreich hat einen neuen Atomwaffenversuch in der Sahara durchgeführt; in Ägypten arbeiten trotz allen Ablehnungen westdeutsche Fachleute an der Entwicklung von Kampfflugzeugen und Raketen für den Krieg gegen Israel; Israel und China fördern in aller Stille ebenfalls ihre Kernwaffenherstellung; im Mittelmeer tauchen

zum erstenmal durch Atomkraft angetriebene Unterseeboote mit Polarisraketen auf — und so weiter, und so fort. Die Gefahrenzone um Kuba steht im Augenblick «unter Kontrolle», wenn auch die amerikanische Regierung keinen Hehl aus ihrer Entschlossenheit macht, «den Marxismus in Kuba auszurotten». Im Mittelosten hat sich nach den Staatsstreich in Irak und Syrien die Lage vorderhand beruhigt, während im Fernen Osten der Grenzkrieg zwischen Indien und China (über dessen Stand nachher ausführlicher berichtet werden soll) neu auszubrechen droht und sich in *Südvietnam*, von der Weltöffentlichkeit viel zu wenig beachtet, der Brandherd immer weiter ausdehnt. Seit die Amerikaner Laos verloren haben, beißen sie sich ja immer mehr in diesem Überrest des einstigen französischen Indochinas fest. Anstatt gemäß dem Genfer Vertrag durch Volksabstimmung in Nord- und Südvietnam die Einigung des Landes zu ermöglichen, stützen die Vereinigten Staaten mit immer größeren Geldmitteln und Militärkräften die durch und durch verderbte, unfähige und unbeliebte Regierung Ngo Dinh Diem. An der Seite der Regierungstruppen stehen mindestens zehntausend Amerikaner im Krieg gegen die Viet-Cong-Rebellen, erproben ihre neuen Waffen und Kampfverfahren (zum Beispiel die Vernichtung ganzer Dörfer durch Napalm) und suchen damit Südvietnam, ja Südostasien überhaupt, vor dem Kommunismus — das heißt vor der auch dort unausweichlichen sozialen Umwälzung — zu retten. Die amerikanischen Steuerzahler kostet das mindestens 400 Millionen Dollar (gegen eindreiviertel Milliarden Franken) im Jahr, ohne daß doch Aussicht auf dauernde Niederhaltung der radikalen Volksbewegung bestünde.

Was Westeuropa betrifft, so hat uns alle der große *Bergarbeiterstreik in Frankreich* in Atem gehalten. Nach fünfwöchiger Dauer ist er jetzt mit der Erfüllung der wesentlichen Forderungen der Arbeiter zu Ende gegangen. Die Gewerkschaften haben das Zugeständnis machen müssen, daß die Löhne zunächst nur um 6,5 Prozent erhöht werden, aber innert eines Jahres soll eine weitere Zulage von mindestens 6 Prozent gewährt werden, so daß das Begehren der Bergarbeiter auf 11 Prozent Lohnerhöhung bis anfangs 1964 doch annähernd durchgedrungen sein wird. Dazu kommt die Zubilligung von vier Wochen bezahlter Ferien an alle Arbeiter — im ganzen also ein bedeutender Erfolg der Streikenden. Die Regierung geht ihrerseits aus dem Kampf mit einer empfindlichen Minderung ihres Ansehens hervor. Sie hatte vergeblich den Streik durch einen Mobilmachungsbefehl zu brechen versucht, vergeblich zuerst nur 5,77 Prozent Lohnzulage bewilligen wollen, vergeblich den Abbruch des Streiks zur Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen gemacht, vergeblich mit einem Schlag gegen die Bergarbeiter die Gewerkschaften überhaupt zu treffen versucht, um sie einem Korporationsstaat nach spanischem (und ehemals italienischem) Muster einzugliedern. Die Standhaftigkeit der Bergarbeiter, ihre (freilich mangelhafte) Unterstützung durch die an-

deren Gewerkschaften und die sozusagen einmütige Sympathie, die dem Streik durch das französische Volk zuteil wurde, hat so dem Regime de Gaulle eine nicht unbedenkliche Schlappe zugefügt.

Auf weltpolitischer Ebene ist also, wie man sieht, eine gewisse Atempause eingetreten, die aber den Völkern Zeit und Gelegenheit für die so notwendige *Selbstbesinnung* geben sollte. Besinnung worauf? Vor allem auf das unheimliche Näherrücken des *Atomkrieges*, dem wir nicht entgehen werden, wenn dem Wettrüsten nicht Halt geboten wird, und auf die immer dringlicher werdende Notwendigkeit, der hungernden und in jeglicher Hinsicht untermenschlich lebenden Hälfte der Erdbevölkerung *durchgreifend* zu helfen.

Beide Aufgaben — rasche Abrüstung und rasche Hilfe für die unterentwickelten Völker — hängen eng zusammen. Zunächst innerlich, weil sie beide den Willen zu einer nichtkapitalistischen, einer sozialistischen Ordnung oder doch deren Duldung voraussetzen; die Träger des Kapitalismus und der bürgerlichen Ordnungen sehen umgekehrt ihren Vorteil nicht in der Abrüstung, sondern in der Aufrüstung und machen jede wirksame Entwicklungshilfe unmöglich durch ihren Widerstand gegen eine gründliche Umwälzung von Wirtschaft und Staat der zurückgebliebenen Länder in der Richtung auf den Sozialismus. Aber auch äußerlich liegt der Zusammenhang zwischen den beiden Aufgaben offen da. Solange zwei oder drei Milliarden Menschen hungern und verelenden, wird es keine Ruhe und keinen Frieden auf der Welt geben. Und solange die wohlhabenden und in der technischen Zivilisation fortgeschrittenen Völker, die im Überfluß und Wohlleben fast ersticken, Jahr für Jahr Unsummen für Kriegsvorbereitungen verschleudern, haben sie kein Geld und keine Kraft, um den zurückgebliebenen Rassen ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Eins greift hier ins andere, und die Welt *muß* darum endlich aus dem Fehlerkreis herauskommen, wenn sie nicht elend zugrunde gehen soll.

Der notwendige Durchbruch Wo aber müssen wir anpacken? Der Durchbruch muß und kann, so glaube ich, im Abschnitt *Friedenskampf* geschehen. Friedrich Wilhelm Förster hat zwar einmal gesagt: «Alles, was heute gegen den Krieg geredet, geschrieben und getan wird, ist ohnmächtig, weil es den Krieg nicht in seinem notwendigen inneren Zusammenhang mit dem ganzen Zustand der gegenwärtigen Menschheit sieht.» Der Krieg sei «das legitime Kind unserer unbekehrten Selbstsucht», das wir «vergeblich vor uns und anderen verleugnen. Friede durch Abrüstung — Friede durch Schiedsgericht — Friede durch Sicherheit, das sind alles Illusionen, wenn Gott aus dem Spiel bleibt». Das ist gewiß wahr. Aber wir können diese Erkenntnis eben doch nur schrittweise in die Tat umsetzen. Und der jetzt vor allem notwendige Schritt besteht in der *Abkehr vom Kalten Krieg*, die gleichbedeutend mit dem Verzicht auf

das Wettrüsten ist. Ich denke dabei nicht in erster Linie an internationale Abkommen; sie sind namentlich in der Abrüstungsfrage, wie eine jahrzehntelange Erfahrung gezeigt hat, solange unerreichbar, als nicht die eine Mächtegruppe von sich aus, einseitig, eine entscheidende Tat setzt. Nehmen wir an, die Sowjetunion vermindere drastisch ihre Rüstungsbestände und lasse dies durch eine unparteiische, womöglich neutrale Untersuchung feststellen. Die Versuchung für die Westmächte wäre dann natürlich groß, die sowjetische Abrüstung zu einem wuchtigen militärisch-politischen Stoß gegen den Osten auszunützen. Dennoch bin ich überzeugt, daß der Westen durch die Weltmeinung, die eben doch eine ganz wirkliche Macht ist, gezwungen würde, einen solchen Stoß zu unterlassen und seinerseits mit der Abrüstung zu beginnen. Der Weg wäre dann wohl frei für eine Zug um Zug erfolgende Abrüstung auf beiden Seiten, die die Furcht vor einem Angriffskrieg hüben und drüben gegenstandslos machen würde, soweit diese Furcht überhaupt ehrlich ist.

Denn das ist ja, wie wir hier schon oft dargelegt haben, der springende Punkt: In den westmächtlichen *Regierungen* gibt es kaum einen einzigen an verantwortlicher Stelle stehenden Mann, der im Innersten an sowjetische Kriegsabsichten glaubt, die in die Tat umgesetzt würden, wenn die westlichen «Abschreckungsrüstungen» nicht wären. Sie wissen allzugut, daß gerade die Sowjetunion für ihr riesenhaftes Aufbauwerk nichts dringlicher braucht als eine lange Friedenszeit, und daß nur eines das Gelingen dieses Werkes — und damit auch seine Werbekraft bei den anderen Völkern — zunichtemachen könnte: ein Krieg mit dem kapitalistischen Lager. Die Gefahr einer Kriegsdrohung aus dem Osten muß den Westvölkern nur *vorgespiegelt* werden, weil die Aufrechterhaltung der internationalen Spannung allein die ebenso leichten wie hohen Gewinne ermöglicht, die die Rüstungsindustrie mit ihren weitverzweigten Hilfsgewerben einstreicht, und weil zweitens ohne militärisches Rückgrat auch die Regierungs- und Gesellschaftsformen einer ganzen Reihe von «freien» Ländern im Westen und Osten zusammensacken müßten, während durch immer stärkeren militärischen Druck von außen her die dem Sozialismus zustrebenden Länder ihrerseits zur Übergabe gezwungen werden sollen. Ähnlich ist es mit der Entwicklungshilfe: Sie wird von den bürgerlich-kapitalistischen Staaten nur insoweit gewährt, als sie nicht ihre eigene «freie Wirtschaft» und diejenige der zu unterstützenden Länder gefährdet, wird aber abgelehnt und aufs heftigste bekämpft, wo sie zum Sozialismus oder gar Kommunismus zu führen droht. Siehe zum Beispiel Lateinamerika und besonders Kuba! *Darum* der «Kampf gegen den Kommunismus» als die entscheidende Aufgabe der «freien Welt», die der Sicherung einer unbehinderten Profitwirtschaft alle anderen Aufgaben opfert — alles andere ist Spiegelfechtereie und Ablenkung der Aufmerksamkeit der Völker von den *wirklichen* Notwendigkeiten unserer Zeit.

Die Führung in diesem Kampf beansprucht und hat Nordamerika. Und es ist nur recht, wenn es in erster Linie auch die *Last* seiner Führungsrolle zu tragen hat. Mit nur sechs Prozent der Weltbevölkerung, so klagte freilich Präsident Kennedy am 17. Dezember 1962, hätten die Vereinigten Staaten einen unverhältnismäßig großen Teil der Bürde unserer Welt auf sich genommen. Aber er fügte auch mit Stolz hinzu: «Kein anderes Volk in der Geschichte hat diese Art Lasten getragen . . . 180 Millionen Menschen sind seit 17 Jahren die große Kraft der Verteidigung der Welt gegen die Nazidrohung und nachher gegen die kommunistische Drohung gewesen. Und wären wir nicht gewesen, so würden heute die Kommunisten die Welt beherrschen.»

Allein schon die Tatsache, daß alle reaktionären, kapitalistischen und militärischen Kräfte in der Welt, an der Spitze Westdeutschland und Japan, die Verbündeten Amerikas im Kampf gegen die kommunistischen Länder sind, sollte die Behauptung von der Gleichartigkeit dieses Kampfes mit der Abwehr des Nazismus und Faschismus Lügen strafen. Wie starke freiheitliche Kräfte im Amerika Roosevelts auch — neben den Interessen der kapitalistischen Machtpolitik — am Kampf gegen den deutschen Imperialismus beteiligt waren: sofort nach Roosevelts Tod wurde die amerikanische Außenpolitik wieder entscheidend auf den gegenrevolutionär-kapitalistischen Kurs gebracht, mit Übernahme der gleichen antikommunistischen Propagandalosungen, die Hitler und Goebbels gebraucht hatten, und in enger Verbündung mit dem Feind von gestern, der sich in seinem Wesen seit der Zeit Hitlers (und Wilhelms II.) nicht gewandelt hat. Aber *geglaubt* wird die Lüge von der Führerrolle der Vereinigten Staaten im weltweiten «Freiheitskampf» gegen den Kommunismus (der vor allem als Vollstrecker der sozialen Revolution gehaßt wird, nicht als Diktatorsystem, das überall dort geduldet und ausgenützt wird, wo es die *alten* Ordnungen stützt), geglaubt wird diese Lüge in breiten Schichten der westlichen Völker noch immer — bis sie einmal ebenso schmachvoll zusammenbricht wie das Lügengebäude des Hitlertums, dessen Verfertiger auch darauf spekuliert hatten, daß eine Lüge um so eher geglaubt werde, je größer sie sei . . .

Möge die Stunde der Wahrheit noch zeitig genug kommen, um die Wegräumung des schwersten Hindernisses zu erlauben, das auf westlicher Seite dem Durchbruch des Abrüstungswillens im Wege steht! Dann würde auch das entscheidende Hindernis für eine wirk-same Entwicklungshilfe — die Rücksicht auf den Kolonialismus und Imperialismus der fortgeschrittenen Industrieländer — wegfallen und würden zugleich in gewaltigem Ausmaß die Kräfte und Mittel frei werden, die heute angeblich fehlen, um in der ganzen Welt Wohlstand und ein menschenwürdiges Leben für alle zu sichern. Und das hieße schließlich, daß damit auch der Kommunismus als Diktatur überflüssig würde, könnte dann doch eine neue, sozialistische Ordnung *aus freien Stücken* aufgebaut werden, oder es würden doch zum

mindesten ihrem Aufbau keine gewaltigen Hindernisse mehr durch die Nutznießer einer kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft in den Weg gewälzt werden.

Italien – ein Land der Gegensätze Doch kehren wir wieder zu den Fragen und Aufgaben der unmittelbaren Gegenwart zurück. Hier wollte ich schon längst wieder einmal einen Überblick über die Lage in *Italien* geben. Die für den 28. und 29. April bevorstehenden *Neuwahlen* für das Parlament (Kammer und Senat) unserer südlichen Nachbarn geben nun den erwünschten Anlaß, das immer wieder Zurückgestellte endlich doch vorzunehmen.

Italien zeigt uns das Bild eines Landes, das mitten im Übergang von einem Gesellschaftszustand zum anderen ist. Man hat es darum ganz zutreffend auch schon ein Land augenfälligster Gegensätze genannt. «Man kann darin» — so schreibt Franco Perna in den «Peace News» — «großen Reichtum und schreckliche Armut finden; eine hohe Lebenshaltung, aber auch Gebiete, in denen die Menschen die baren Lebensnotwendigkeiten entbehren. Man findet Schulzwang und zugleich den höchsten Prozentsatz Analphabeten von allen europäischen Ländern; eine auf Arbeit gegründete Republik, aber auch Millionen von Arbeitslosen. Es gibt eine gesetzlich anerkannte faschistische Partei, aber auch die stärkste kommunistische Partei außerhalb des sozialistischen Blocks; verfassungsmäßige Freiheit der Rede und des Glaubens und gleichzeitig die schlimmsten Gefängnisse für Militärdienstverweigerer. Man findet ein Land, in dem Polizei und Regierung eng zusammenarbeiten, und doch auch Polizisten, die kürzlich selbst ins Gefängnis gesteckt wurden, weil sie naziartigen Befehlen zur Folterung von Gefangenen den Gehorsam verweigert haben.»

Die auffälligste Veränderung, die das italienische Leben in den letzten Jahren durchgemacht hat, betrifft den Stand seiner *Wirtschaft*. Noch vor kaum fünf Jahren galt Italien als ausgesprochen unterentwickeltes Land. Das Einkommen je Kopf der Bevölkerung war für westliche Begriffe erschreckend niedrig; hohe Arbeitslosigkeit war eine Dauererscheinung, so daß Hunderttausende von Italienern und Italienerinnen ihr Brot im Ausland suchen mußten; die Handels- und Zahlungsbilanz — das Verhältnis von Ein- und Ausfuhr, von Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben — war großen Schwankungen unterworfen; ein Drittel des Landes, vor allem fast der ganze Süden, war ein einziges Notstandsgebiet. Heute ist das alles erheblich anders. Italien ist ein Industrieland ersten Ranges geworden. Italienische Gebrauchsgüter — Schuhe, Stoffe und Kleider, Schreibmaschinen, Automobile usw. — erobern sich mehr und mehr die ausländischen Märkte. Die Gesamtproduktion des Landes stieg im Jahre 1961 gegenüber dem Jahr zuvor um 7,9 Prozent, im Jahr 1962 auch noch um 5,6 Prozent im Vergleich zu 1961. Die Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland

weist stetige Überschüsse auf, nicht zuletzt dank dem wachsenden Fremdenverkehr («Massentouristik») und den Geldüberweisungen italienischer Arbeiter im Ausland. Die Arbeitslosigkeit wird allmählich aufgesaugt, ja im industriereichen Norden macht sich da und dort bereits ein Mangel an Arbeitskräften geltend, der unsere schweizerischen «Italienerimporteure» mehr und mehr beunruhigt. Das Einkommen je Kopf steigt zusehends (man redet von 6 Prozent Zunahme jedes Jahr), und das Volkseinkommen im ganzen vergrößert sich schneller als in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, so daß die Lebenshaltung breiter Schichten des italienischen Volkes sich rasch derjenigen der fortgeschrittensten europäischen Nationen nähert; «auf Geschäftsreisen nach Mailand, Portofino und Rapallo», so berichtete ein amerikanischer Fabrikant, «bekam ich den gleichen Eindruck wie in schweizerischen Sädten, vielleicht mit einer fröhlicheren und glücklicheren Atmosphäre, aber sicher mit nicht geringerem Wohlstand».

Trotz allem sind die dunklen Flecken aus dem italienischen Gesamtbild keineswegs ganz verschwunden. Die Volkswirtschaft Italiens hat ihr Gleichgewicht noch lang nicht gefunden. Vor allem bleiben die südlichen Provinzen offenkundig unterentwickelt; das Dasein und die Arbeit Danilo Dolcis bezeugt nach wie vor die Elendigkeit des Lebens breiter, besonders ländlicher Bevölkerungsschichten, nicht nur in Sizilien. Die offene und versteckte Arbeitslosigkeit oder doch Unterbeschäftigung ist im ganzen genommen immer noch groß. Die Landwirtschaftsreform, von der so viel geredet wird, will nicht vorwärtskommen. Die wirtschaftliche Gesamtentwicklung scheint sich wieder eher zu verlangsamen, was freilich nach dem stürmischen Aufschwung der letzten Jahre nur natürlich wäre. Kurz, auch dem italienischen Wirtschaftswunder sind seine Grenzen gesetzt; die soziale Frage wird in Italien mit seinem feudalen Überhang aus früherer Zeit auf dem Boden des Kapitalismus noch weniger gelöst werden können als im altindustrialisierten Europa und Amerika.

«Ruck nach links»? Namentlich aber ist das *politische* Leben Italiens noch sehr weit von irgendeinem Gleichgewichtszustand entfernt. Dem römischen Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung», der dauernd Revolutionsgespenster sieht, schwant etwas (11. Januar 1963): «Der Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Unordnung im Staate keineswegs beseitigt, ja sie eher verschlimmert. Indem das Leben für alle Bevölkerungsschichten leichter wird, nimmt der Unmut über die Mißstände des öffentlichen Lebens zu. Was früher hingenommen wurde, scheint heute, da man mehr Atemraum hat, schlechthin unerträglich zu sein. Daher folgt eine Regierungskrise auf die andere. In der Legislaturperiode, die sich dem Ende zuneigt, hat das Parlament vergeblich um die Bildung einer tragfähigen Mehrheit gerungen.» Wohl hat sich die

Regierung Fanfani, die sich auf eine Verbündung von Christlichdemokraten, Sozialdemokraten und Republikanern stützt, bis zuletzt halten können, aber doch nur dank einigen Zugeständnissen an die Sozialisten unter Nenni, auf deren wohlwollende Neutralität sie angewiesen war, und weil sowieso Neuwahlen vor der Tür standen. Und vom Ausgang dieser Wahlen hängt es nun zunächst ab, welcher politische Kurs in den nächsten Jahren gesteuert werden soll.

Die Schlüsselstellung nimmt die Sozialistische Partei ein. Die Mehrheit ihrer Führungsgruppe drängt heftig zur Beteiligung an der Regierungsmacht im Bund mit dem mehr oder weniger fortschrittlichen Bürgertum und erhofft von den Wahlen die Schaffung der Voraussetzung für eine Regierung der «linken Mitte». Die recht starke Minderheit befürchtet von einer solchen Schwenkung das Schicksal der deutschen, französischen, belgischen und sonstigen Sozialdemokraten, die durch vorzeitigen Genuß der Macht ihre Seele verloren haben, und sieht auch die Neugestaltung Italiens in der Richtung zum Sozialismus — und das heißt zu einer wirklichen Demokratie — nur im Bund mit den Kommunisten möglich, die trotz allen Widrigkeiten und auch trotz der beginnenden Entproletarisierung des italienischen Arbeitervolkes weiterhin den fünften Teil der Wählerschaft hinter sich haben, dabei aber sich mehr und mehr «liberalisieren» und einen eigenen Weg zum Sozialismus suchen.

Eine Art Kompromiß zwischen den beiden Auffassungen stellt das Wahlprogramm dar, das der sozialistische Parteivorstand am 21. März angenommen hat, obwohl die Linke ihm nicht zustimmen konnte. Der Eintritt der Sozialistischen Partei in eine Gruppierung der linken Mitte wird darin als nächstes Hauptziel ins Auge gefaßt, wenn auch die Frage offengelassen wird, ob und wann dies in Gestalt einer Beteiligung an der Regierung geschehen soll. Von der neuen Regierung verlangt das Programm eine soziale Planwirtschaft, Ausdehnung der öffentlichen Dienste, Landwirtschaftsreform, eine fortschrittliche Schulpolitik, Gewährung ernsthafter Selbstverwaltung an alle 19 «Regionen» Italiens und ähnliche Maßnahmen, die es ermöglichen sollen, auf demokratischem Weg zum Sozialismus zu gelangen. Zum Schmerz des Rechtsbürgertums und der Sozialdemokraten unterläßt es das Programm aber, einen Bruch mit den Kommunisten in Aussicht zu stellen, mit denen die Sozialisten in den Gewerkschaften und Genossenschaften, in zahlreichen Gemeinden und auch in einigen Regionalverwaltungen zusammenarbeiten. Die Kommunistische Partei selber sähe wohl einer Regierung der linken Mitte mit Wohlwollen zu, würde sich aber über ihre Haltung im Parlament von Fall zu Fall frei entscheiden und erstrebt im übrigen die fortschreitende Lösung der katholischen Arbeiter von den Christlichdemokraten, als Grundlage für eine Neugruppierung der politischen Kräfte Italiens, die einen *wirklichen* Ruck nach links bringen könnte.

Wieweit all diese Erwartungen und Bestrebungen sich verwirklichen werden, hängt freilich nur zum Teil von den kommenden Parlamentswahlen ab; viel wichtiger wird auf die Länge der Fortgang der außerparlamentarischen, besonders der gewerkschaftlichen Kämpfe sein, die in den vergangenen Monaten mit soviel Kraft und Erfolg geführt wurden und die entschieden viel stärkere Möglichkeiten einer Einigung der italienischen Arbeiterklasse bieten als alle politisch-parlamentarischen Rechnungen und Bewegungskünste.

Chinas Grenzstreit mit Indien Mit dem Herannahen der wärmeren Jahreszeit droht auch der *indisch-chinesische Grenzkrieg* neu aufzuflammen. Bereits meldet man den Zusammenzug starker chinesischer Kräfte in Tibet; andererseits weiß man, daß die indische Regierung, unterstützt von den Westmächten, sich entschlossen erklärt hat, die Chinesen aus den von ihnen beanspruchten und zum Teil besetzten Gebietsstreifen gewaltsam zu vertreiben. Oder läßt sich doch eine friedliche Lösung des Streitfalles finden, so wie auch die Grenzkonflikte zwischen China einerseits, Pakistan, Burma und Nepal andererseits durch gegenseitiges Vor- und Nachgeben geschlichtet wurden? Eine Klarstellung des gegenwärtigen Standes der Dinge erscheint uns auf jeden Fall angezeigt; die Propagandanebel verhüllen auch demjenigen, der ohne Vorurteil die Tatsachen zu erkennen strebt, die wahre Sachlage nur allzuleicht.

Die beidseitigen Gebietsansprüche seien nur noch einmal kurz in Erinnerung gerufen. Eindeutig klar liegt der Fall im *Ostabschnitt* der indisch-chinesischen Grenze. Das umstrittene Gebiet (etwa 35 000 Quadratmeilen mit viel gutem Ackerland und wertvollen Wäldern) ist den Chinesen vor dem Ersten Weltkrieg durch die Engländer, die damaligen Herren Indiens, einfach willkürlich weggenommen worden. Die neue Grenze, die sogenannte MacMahon-Linie, ist von keiner chinesischen Regierung jemals anerkannt worden, auch von Tschang Kai-schek nicht; China war damals einfach zu schwach, um sich zu wehren. Dabei haben sogar englische Landkarten, so in der *Encyclopedia Britannica* von 1929 und im *Oxford Advanced Atlas* von 1940, die Grenzen noch nach dem Stand von 1914 angegeben.

Etwas anders verhält es sich im *Westabschnitt*. Hier gab es nie eine eindeutige, von beiden Seiten anerkannte Grenzziehung. Das geht klar auch aus einem Kartenwerk hervor, das die indische Regierung im Jahr 1950 veröffentlicht hat. Erst 1954 kam eine indische Karte heraus, die die heute umstrittenen Gebietsteile als zu Indien gehörend beansprucht. Denn inzwischen hatten die Chinesen in Tibet ihre alte Oberherrschaft auch tatsächlich wieder an sich gezogen, und das beunruhigte die Inder, berechtigte sie aber nicht, ohne jede Verhandlung mit den Chinesen dieses Grenzland einseitig als ihren Besitz zu erklären. Denn auch die Chinesen hatten Grund, es für sich zu beanspruchen, führte doch eine alte Karawanenstraße von Sinkiang

(Westchina) nach Tibet, eine Verbindung, die nunmehr für das neue China außerordentlich wichtig wurde, so daß die Chinesen — ebenfalls ohne sich mit den Indern zu besprechen — dort eine moderne Hochgebirgsstraße anlegten, als einzige Möglichkeit überhaupt, Tibet für den Verkehr mit den andern Provinzen Chinas zu erschließen. Erst 1958 wurden die Inder durch einen Aufsatz in einer Pekinger Zeitschrift auf den Straßenbau in diesem menschenleeren Hochland aufmerksam, und erst ein Jahr später wurde daraus ein eigentlicher Grenzstreit. Denn inzwischen hatte die Niederwerfung des tibetischen Aufstandes vom März 1959 durch die Chinesen die führenden Kreise Indiens — wie diejenigen der westlichen Welt — heftig erschreckt und einen chinafeindlichen Nationalismus erregt, der eine schieflich-friedliche Lösung der Grenzfragen sogut wie unmöglich machte.

Trotzdem schlugen die Chinesen am 7. November 1959 vor, die beidseitigen Streitkräfte sollten sich 20 Kilometer hinter die tatsächlich von ihnen gehaltene Linie zurückziehen und die Regierungen in Verhandlungen über die künftige Grenzziehung eintreten. Ihr Gedanke war dabei der, daß China die MacMahon-Linie im Ostabschnitt anerkennen würde, sofern Indien im Westabschnitt einer Grenze zustimmen würde, die den chinesischen Bedürfnissen und Notwendigkeiten in diesem bisher nie klar aufgeteilten Gebiet Rechnung trüge. Indien lehnte diesen Vorschlag ab und beanspruchte nicht nur das Gebiet bis zur MacMahon-Linie, das die Engländer sich widerrechtlich angeeignet und dann zu Indien geschlagen hatten, sondern auch den Zipfel von Ladakh im Westen, den sie durch einseitige Erklärung für sich beanspruchten, der aber niemals vorher durch indische Truppen oder Zivilbeamte in Besitz genommen worden war.

Warum wird nicht verhandelt? Es ist schwer zu begreifen, warum die Inder auf Chinas Begehren nicht eintreten wollten. Es wäre weder ein Opfer an Landbesitz noch an nationaler Würde gewesen, wenn sie den Abschnitt von Ladakh, der für sie wertlos ist, den Chinesen überlassen hätten, für die er überaus wertvoll ist und die ihn tatsächlich auch bereits in Besitz hatten, während sie selbst den Chinesen zumuteten, im Ostabschnitt ein Gebiet preiszugeben, auf das diese jede Art von Anspruch hatten, obwohl es tatsächlich von Indien verwaltet wurde. An der hartnäckigen Weigerung Indiens, der Chinesischen Volksrepublik irgendwie entgegenzukommen, war aber vorerst einfach nichts zu ändern, und so war es keineswegs überraschend, daß am 20. Oktober 1962 der bisher diplomatisch geführte Grenzstreit in offenen Krieg überging. Presse und Radio des Westens und der Vereinigten Staaten stellten den Ausbruch dieser Feindseligkeiten als «nicht provozierten Angriff überlegener chinesischer Streitkräfte» dar,

und auch der Schreibende ließ sich durch diese Behauptung irreführen. In Wahrheit war es aber die *indische* Regierung, die die Entscheidung des Grenzstreits durch Militärgewalt beschlossen hatte und ihrer Armee den Angriffsbefehl gab. Das geht nach unserem Urteil unwiderleglich aus dem Tatsachenstoff hervor, den ungefähr gleichzeitig die New Yorker «Monthly Review» aus rein amerikanischen und die in Washington erscheinende Wochenschrift «I. F. Stone's Weekly» aus unverdächtigen britischen Quellen geschöpft hat; er ist im Januarheft der «Monthly Review» und in der Nummer vom 10. Dezember 1962 des «Weekly» ausgebreitet. Die Ergebnisse dieser Tatsachenerforschung können hier nur in aller Kürze zusammengefaßt werden.

Anfang Oktober 1962 wurde unter dem Befehl des Generals Kaul ein neues indisches Armeekorps aufgestellt, dem die Durchführung der «antichinesischen Operation» übertragen wurde. Die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press meldete in der Tat am 11. Oktober, daß an der Nordostfront «die ernsthafteste Schlacht seit drei Jahren» entbrannt sei, und fügte bei, die indischen Streitkräfte ständen «im Begriff, vorzustoßen mit der Absicht, die Chinesen aus dem Himalayagebiet zu vertreiben». Das entsprach genau der späteren Erklärung Nehrus (vom 12. Dezember), daß seine Regierung den indischen Truppen befohlen habe, «unser Gebiet an der Nordostgrenze zu befreien». Offenbar unterschätzte die Regierung die Stärke der gegenüberstehenden chinesischen Truppen verhängnisvoll, wenn man nicht annehmen will, daß die reaktionären Politiker in der Regierungspartei zusammen mit den Militärführern eine Niederlage voraussahen, aber darauf ausgingen, den Verteidigungsminister Krishna Menon und Nehru selbst zu stürzen und militärische Hilfe aus dem Westen zu bekommen. Auf jeden Fall waren die Chinesen auf den indischen Angriff gut vorbereitet, in der Überzeugung, daß sie früher oder später gezwungen sein würden, den Indern eine Niederlage zu bereiten, um sie an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Niederlage der schlecht ausgerüsteten und schlecht geführten indischen Armee war denn auch in kürzester Frist vollendete Tatsache (Kingsley Martin nannte im «New Statesman» den chinesischen Feldzug «eine der glänzendsten Operationen der Geschichte») — aber die von den Chinesen erhoffte politische Wirkung blieb bisher aus.

Indiens Regierung weigert sich erneut, in Verhandlungen auf Grund der chinesischen Vorschläge einzutreten, obwohl die Chinesen ihren guten Willen dadurch bewiesen haben, daß sie das von ihnen eroberte Gebiet im östlichen Frontabschnitt von sich aus wieder räumten und sich auf die MacMahon-Linie zurückzogen. In Delhi versteift man sich jetzt erst recht auf eine gewaltsame Lösung der Grenzfrage. Warum? Vor allem, weil die herrschende Klasse Indiens — das kapitalistische Großbürgertum — ebenso wie die Armee den militärischen Machtkampf mit China *braucht*. Indien, dieses schwer unterentwickelte Riesenland mit seinen verelendeten Volksmassen,

kann auf dem Boden des Kapitalismus und Feudalismus nicht in die Höhe kommen. Und doch wächst die Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölkerung zusehends; es droht die Gefahr, daß die «sozialistischen» Ziele der großen Reformpläne von den notleidenden Massen ernstgenommen werden, ja daß sogar das chinesische Beispiel zur Nachahmung reizt. Gleichzeitig bedarf Indiens Industrie dringend umfassender ausländischer, das heißt vor allem amerikanischer Hilfe, die aber solange nicht gewährt wird, als Indien an seiner Neutralität im west-östlichen Weltkampf festhält. Was liegt da näher, als eine Lage zu schaffen, die das nationalistisch aufgepeitschte Volk von der Notwendigkeit überzeugt, sich mit allen Kräften dem chinesischen Erzfeind entgegenzuwerfen und dem Westblock anzuschließen? Sozialismus und Kommunismus wären vergessen und erledigt, die herrschende Ordnung gerettet und mit amerikanischen Krediten eine Zeit wirtschaftlicher Hochblüte eingeleitet, wie sie der Westen schon längst erlebt! Nehru und sein «linker» Anhang würden zwar etliche Schwierigkeiten machen; aber der Ministerpräsident ist eben auch schon über siebzig, und wenn sein Nachfolger der Rechten entnommen wird, kann es dem großen Plan der Verteidiger und Nutznießer der «freien Wirtschaft» am schließlichen Erfolg nicht fehlen. Die glücklichste Zukunft für Indien ist gesichert . . .

Gefahr im Verzug! Verglichen mit China macht die ganze Haltung Indiens einen besonders betrüblichen Eindruck. Das als angeblich brutaler Angreifer so vielgeschmähte China war ja seit 120 Jahren, seit dem Opiumkrieg, fast ununterbrochen das Opfer westlicher und östlicher (japanischer) Angriffs- und Eroberungspolitik, bis in die jüngste Zeit auch das Opfer einer schamlosen Ausbeutung und Erpressung durch fremde Mächte. Noch im Koreakrieg drohte die amerikanische Armee unter Mac Arthur in China einzufallen und konnte nur mit Mühe im letzten Augenblick von diesem Vorhaben abgebracht werden. Und während die Amerikaner noch heute in Südkorea stehen, befindet sich kein chinesischer Soldat mehr auf dem Boden Nordkoreas. Von Indien aber begehrt China — im Ladakh-Abschnitt — (wie schon gesagt) nicht mehr, als seinen Verkehrsnotwendigkeiten entspricht, bei gleichzeitiger freiwilliger Überlassung eines Gebietes im Ostabschnitt der Grenze, das ihm von den Engländern eigenmächtig entrissen worden ist. Kann man eigentlich noch mehr von China verlangen als solchen Verzicht nach einem vollkommen militärischen Sieg? Wie will man angesichts eines derartigen, wahrscheinlich beispiellosen Beweises von Friedenswillen noch behaupten, China betreibe eine imperialistische Eroberungspolitik gegenüber Indien, ja gegenüber allen seinen Nachbarländern in Südostasien?

Auf der andern Seite sieht man Indien, das Land Gandhis und der gewaltlosen Befreiung von britischer Herrschaft, seine ganze fried-

fertige Vergangenheit verleugnen. Es macht sich nichts daraus Gebiete zu behalten, die ihm nur als Erben britischen Kolonialbesitzes ohne inneres Recht zugefallen sind, und verweigert China sogar einen unbewohnbaren Landstreifen, den dieses dringend als Brücke zum Tibet braucht, den Indien aber nur um den Preis eines schweren Krieges zurückgewinnen könnte. Es läßt sich von einer eigennützigsten Oberklasse in eine nationalistische Haßstimmung hineinjagen, die das Volk für ein unabsehbar verhängnisvolles Abenteuer reif machen soll — und Nehru, der Sozialist und Friedensmann, läßt dies alles geschehen, ja unterstützt es noch mit seinem Ansehen und seinem Einfluß! Es scheint wirklich, daß Nehru einfach der Gefangene der rechtsbürgerlichen Mehrheit seiner Kongreßpartei geworden ist, sind ja auch die indischen Kommunisten fast widerstandslos der patriotischen Stimmungsmache erlegen.

Aber es ist ja nicht einmal nur die herrschende Klasse Indiens, die eine friedliche Lösung des Grenzstreites mit China zu verhindern droht; noch ungleich gefährlicher ist die Haltung der *Vereinigten Staaten*. Die indische Regierung hat, wie bekannt, militärische und wirtschaftliche Hilfe gegen China auch vom westlichen Ausland erbeten, besonders von Großbritannien und von den Vereinigten Staaten. In London kann und will man für Indien nicht viel tun, hingegen hegt man in Washington offenkundig bereits die kühnsten Hoffnungen. Man denke auch, so schreibt Scott Nearing in der «Monthly Review» (im bereits angeführten Januarheft): «Indien, der Erzneutralen, die härteste Nuß, die es zu knacken gibt, der Vertreter eines friedlichen Zusammenlebens mit dem Kommunismus und oberste Fürsprecher einer Zulassung von Volkschina zu den Vereinten Nationen, verlangt Waffen zur Führung eines Schießkrieges! Asiaten kämpfen gegen Asiaten! Hier winkt eine Gelegenheit für Washington, 1. auf indischem Boden Fuß zu fassen und so den Kreis rings um den kommunistischen Block zu schließen; 2. die Lichter des ‚Feindes Nummer Eins‘ (Volkschina) löschen zu helfen; 3. einen tiefen Keil in den Riß zwischen China und der Sowjetunion zu treiben und so das kommunistische Asien vom kommunistischen Europa zu trennen; und 4. nebenbei auch durch vermehrte Militärausgaben die fünfjährige Stokkung der amerikanischen Wirtschaft zu überwinden. Solch goldene, edelsteingeränderte Gelegenheiten kommen nur einmal in einem Jahrhundert. Diese da bot sich in dem kritischen Augenblick, wo der Kapitalismus seiner zersprengten Kräfte neu zu ordnen und sich in den ehemaligen Kolonialgebieten Asiens und Afrikas neu festzusetzen suchte . . . »

Und doch, so gibt Paul Sweezy in der gleichen Zeitschrift zu bedenken, schickt sich Amerika an, einen gefährlichen Weg zu beschreiten. China kann, wenn nötig, einen langen Grenzkonflikt aushalten. Nicht so Indien. Eine Militarisierung von Indiens Wirtschaft

wird deren ohnehin geringe Erfolgsaussichten vollends ruinieren, auch wenn Amerika Hilfe leistet.* Mit der Demokratie wird es erst recht fertig sein; Indien wird dann einfach eine militärische Diktatur werden, die von den Vereinigten Staaten abhängig ist. Was das bedeuten würde, sieht man an Südkorea und Südvietnam. Und was wird aus der amerikanischen Wirtschaft selbst mit ihrer notleidenden Zahlungsbilanz werden, wenn sie auch noch mit den Kosten eines indischen Krieges gegen China belastet wird und zugleich Indiens Wirtschaft vor Zusammenbruch und Chaos retten muß? Ist es nicht klar, daß auf diesem Weg schwerste Gefahren nicht nur für Indien, sondern auch für die Vereinigten Staaten, ja für die Welt lauern?

Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Soll der indisch-chinesische Grenzstreit nicht unabsehbar verhängnisvolle Entwicklungen auslösen, so muß er friedlich beigelegt werden, solange es noch Zeit ist, am besten durch eine *internationale Konferenz* nach dem Muster derjenigen, die den Indochina-Krieg beendigte. Alle Staaten des Himalaya-Raumes müßten dazu eingeladen werden, außer Indien und China also auch Pakistan, Nepal, Bhutan, Sikkim und Nagaland, und das Ziel müßte sein, die in diesem ganzen Gebiet hängigen Streitfragen, nicht zuletzt auch die Kaschmirfrage, gütlich zu lösen und darüber hinaus Stetigkeit und Sicherheit im Fernen Osten ganz allgemein fördern zu helfen. Chinas Aufnahme in die Vereinten Nationen wäre dafür allerdings unerläßliche Voraussetzung. Sind die Hauptbeteiligten bereit, diesen Weg zu gehen? Er steht ihnen noch immer offen. Aber langes Zögern droht sie unversehens an einen Punkt zu führen, wo es kein Zurück mehr gibt. Die Folgen könnten nur schweres Unheil, vielleicht ein Weltkrieg sein. Und davor bewahre uns der Himmel!

6. April

Hugo Kramer

* In der Hamburger «Friedensrundschau» (Nr. 4/1963) macht Th. Michaltschiff darauf aufmerksam, daß Anfang März das indische Parlament die Rüstungsausgaben auf das Dreifache erhöht hat. «Man opfert», so bemerkt er, «Milliarden für die Aufrechterhaltung einer willkürlich festgesetzten MacMahon-Linie, die von den Chinesen nie anerkannt wurde, und läßt Millionen Inder 70 Pfennig im Tag verdienen, sich von 890 Kalorien ernähren und vor Erreichung des 37. Lebensjahres im Straßenschmutz sterben! . . . Was aber ebenso schlimm ist, ist, daß die mühsam in Gang gebrachte Industrialisierung des Landes einen Rückschlag erleiden wird, was den Hungertod weiterer Millionen Inder zur Folge haben wird. Indien ist ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land, und es kann sich keinen Rüstungsluxus wie die reichen Industrieländer des Westens leisten.»